

Herbstsession 2023

Sessionsrückblick - 1. Woche



Cyber

Betreiber kritischer Infrastrukturen sollen Cyberangriffe mit grossem Schadenspotenzial künftig melden müssen. Darauf haben sich die Räte bereits geeinigt. Noch umstritten ist aber, wie weit die Meldepflicht gehen soll. Die grosse Kammer befasste sich am Montag zum zweiten Mal mit dem Informationssicherheitsgesetz. Der Nationalrat hatte in der ersten Beratungsrunde die vom Bundesrat vorgeschlagene Meldepflicht ausweiten und auch schwerwiegende Schwachstellen in Systemen meldepflichtig machen wollen. Der Ständerat wollte das bisher nicht. Die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission beantragte nun einen Kompromiss. Den Antrag, eigene Entwicklungen der Unternehmen von der Meldepflicht auszunehmen, nahm der Rat mit 102 zu 80 Stimmen an. Spezifische Eigenentwicklungen würden von anderen Betreibern nicht eingesetzt, sagte Sprecher Gerhard Andrey (Grüne/FR) dazu.

SVP und FDP lehnten die Meldepflicht für Schwachstellen ab und wollten dem Ständerat folgen. **Es bestehe das Risiko, dass gemeldete Schwachstellen von Hackern angegriffen und Daten in die Hände von Kriminellen gelangen würden, bevor die Sicherheitslücken behoben seien, gab David Zuberbühler (SVP/AR) zu bedenken.**

Bundesrätin Viola Amherd fügte an, dass eine Ausweitung der Meldepflicht eine Vielzahl von Meldungen auslösen würde, weil nicht klar definiert sei, was eine Schwachstelle sei. Auch den Kompromissvorschlag beurteilte die Wirtschaft kritisch. Die Vorlage geht wieder an den Ständerat.

Mit einem Klick auf das Bild gelangen Sie direkt zu meiner Rede!





Nationalrat will Autobahn auf A1 auf mindestens sechs Spuren ausbauen

Der Nationalrat will die Autobahn A1 auf den Strecken Bern-Zürich und Lausanne-Genf auf mindestens sechs Spuren ausbauen. Der Rat hat eine entsprechende Motion von Nationalrat Erich Hess (SVP/BE) am Montag mit 94 zu 87 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Damit folgte die grosse Kammer dem Antrag des Bundesrats. Als Nächstes muss der Ständerat über die Motion befinden. Hess hatte seinen Vorstoss damit begründet, dass das Verkehrsaufkommen auf der 410 Kilometer langen A1 heute um einiges grösser sei als früher. Einige Teilstrecken wie zwischen Härkingen SO und Wiggertal LU wurden bereits auf sechs Spuren ausgebaut. Eine weitere Etappe zwischen Härkingen und Luterbach SO ist in Planung. Dennoch gehöre die A1 heute zu den chronisch überlasteten Strecken des Landes, wie die täglichen Staumeldungen zwischen Baregg und Zürich, bei Lausanne oder zwischen Kirchberg und Bern belegen würden. Die Nutzung werde in naher Zukunft weiter zunehmen. Der Berner Nationalrat forderte daher die Forcierung eines generellen Ausbaus der A1 auf sechs Spuren.

Solarpflicht auf Gebäuden

Auf grossen Dächern und Fassaden müssen künftig Solarpanels angebracht werden. So will es das Parlament. Diese Solarpflicht gilt für Neubauten mit mehr als 300 Quadratmetern anrechenbarer Fläche. Der Nationalrat entschied am Montag wie der Ständerat, auf Antrag einer Minderheit bei der Bereinigung des Energie-Mantelerlasses. Die Mehrheit der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) hatte auf der generellen Solarpflicht für Dächer und Fassaden bestanden und auch grosse Umbauten erfassen wollen, unterlag aber. Energieminister Albert Rösti hatte vor der Version der Mehrheit gewarnt und gemahnt, die Vorlage mehrheitsfähig zu halten. Noch nicht einig sind sich die Räte bei der Solarpflicht für Parkplätze. Der Nationalrat will sie für grosse Flächen, der Ständerat nicht. Er hat nun wieder das Wort zur Vorlage.

Prämientlastungsinitiative

Die Kantone sollen neu einen Mindestbetrag von 3,5 bis 7,5 Prozent der Kosten der obligatorischen Grundversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden müssen. Das haben die Räte entschieden. Der indirekte Gegenvorschlag zur Prämientlastungsinitiative steht damit. Der Nationalrat ist am Dienstag beim Ausbau der Prämienverbilligungen auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Mit 104 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer für den Antrag ihrer vorbereitenden Kommission. Die bürgerliche Mehrheit bezeichnete den Vorschlag als "grossen Schritt". Die Ratslinke sprach zusammen mit der GLP von einer "ungenügenden Lösung". Der nun gefundene Kompromiss beim indirekten Gegenvorschlag zur Prämientlastungsinitiative der SP bedeutet für die Kantone Mehrkosten von etwa 356 Millionen Franken. Ursprünglich hatte der Nationalrat über zwei Milliarden Franken für zusätzliche Prämienverbilligungen verlangt - davon zusätzliche rund 800 Millionen Franken zulasten der Kantone. Die Vorlage ist nun bereit für die Schlussabstimmungen.

175 Jahre Bundesverfassung

Verhöhnung der Landeshymne und dümmliche Klischees über die Romandie: Was sich am Dienstag im Bundeshaus abspielte, war eine peinliche Darbietung auf Klima-Kleber-Niveau statt einer würdigen Feier zum Jubiläum der Bundesverfassung.



Als gewählter Volksvertreter konnte man sich für dieses Programm nur fremdschämen – gerade gegenüber den Vertretungen der Kantone, die extra nach Bundesbern angereist waren. Die «Feier» geriet zu einer politisch einseitigen Veranstaltung und strotzte vor dümmlichen Klischees über die Romandie. Die Verhuzung der Landeshymne durch einen selbsternannten Kabarettisten sorgte für den vorläufigen Tiefpunkt. Es ist völlig unverständlich, dass die beiden Ratspräsidenten Martin Candinas (Mitte) und Brigitte Häberli-Koller (Mitte) diese peinliche Show absegneten.

Standortförderung

Der Nationalrat ist bei der Standortförderung dem Bundesrat gefolgt. In den Jahren 2024 bis 2027 möchte er dafür rund 646 Millionen Franken ausgeben. Nichts wissen will er von Aufstockungen, die der Ständerat im Juni beschlossen hatte. Insgesamt hatte der Nationalrat über sieben Bundesbeschlüsse zu befinden. Diese betreffen unter anderem die Tourismusförderung, E-Government, die Regionalpolitik und die Exportförderung. Er nahm alle in der Gesamtabstimmung mit deutlicher Mehrheit an. Die grosse Kammer strich einerseits die Erhöhung des Bundesbeitrags an Schweiz Tourismus um 13 Millionen auf 246 Millionen Franken. Nein sagte er auch zur vom Ständerat gewünschten Erhöhung der Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung um 12.7 Millionen Franken. Die Vorlage geht nun zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.



Regulierungsbremse fällt im Rat durch

Unternehmen werden nicht mittels einer Regulierungsbremse entlastet. Nach dem Ständerat ist auch der Nationalrat nicht auf die einst vom Parlament gewünschte und vom Bundesrat dazu ausgearbeitete Vorlage eingetreten. Die vorberatende Kommission war zum Schluss gekommen, eine solche Regelung sei staatspolitisch unhaltbar. Es gehe nicht an, dass für Erlasse des Parlaments unterschiedliche Mehrheitserfordernisse aufgrund ihres materiellen Inhalts bestünden. Mit einer Regulierungsbremse hätten Gesetze und völkerrechtliche Verträge, die Unternehmen stark belasten, von den Räten mit qualifiziertem Mehr verabschiedet werden müssen. National- und Ständerat hatten noch 2018 und 2019 eine solche Regulierungsbremse gewünscht. Der Bundesrat arbeitete daher die Vorlage aus. Die Landesregierung selbst lehnte das Instrument ab.

Transplantationen

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat Änderungen im Transplantationsgesetz zugestimmt. So sollen Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit bei Transplantationen ergriffen werden. Die grosse Kammer nahm die Vorlage mit 167 zu 6 Stimmen bei zehn Enthaltungen an. Der Ständerat hatte dies bereits in der Sommersession diskussionslos und einstimmig getan. Weil in einem untergeordneten Punkt noch eine Differenz besteht, muss er sich aber nochmals mit der Sache befassen. Zu den geplanten Änderungen gehört die Einführung eines sogenannten Vigilanzsystems. Dabei handelt es sich um ein Beobachtungs- und Meldesystem, das im europäischen Medizinproduktrecht vorgegeben ist. Bereits heute werden Transplantationen dokumentiert. Künftig müssten jedoch zusätzlich schwerwiegende Zwischenfälle und unerwünschte Reaktionen gemeldet werden.

Finanzierung der Gesundheitskosten

Dass ambulante und stationäre Leistungen für die Gesundheitsversorgung künftig einheitlich finanziert werden sollen, hat das Parlament bereits beschlossen. Beim Streitpunkt der Langzeitpflege hat der Nationalrat einen Kompromissvorschlag gemacht. Der Nationalrat entschied, dass die Kantone für mindestens 28.6 Prozent und die Krankenversicherer über die Prämien höchstens für 71.4 Prozent der Leistungen aufkommen sollen – und zwar unabhängig davon, wo und von wem diese erbracht werden.

Der Nationalrat stellt aber Bedingungen. Erstens muss im Pflegesektor Kostentransparenz hergestellt werden; zweitens muss die Pflegeinitiative ganz umgesetzt werden. Heute werden ambulante Behandlungen von den Krankenkassen bezahlt. Stationäre Leistungen werden zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen finanziert. Den Rest bezahlen die Kassen. Für die Langzeitpflege gelten spezifische Regeln.

Vereinbarkeit von Mutterschaft und Parlamentsarbeit wird gestärkt

In der Schweiz können Parlamentarierinnen im Mutterschaftsurlaub bald ihre Parlamentstätigkeit ausüben, ohne den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung zu verlieren. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für eine Änderung des Erwerbersatzgesetzes ausgesprochen. Neu soll nun die Teilnahme von im Mutterschaftsurlaub stehenden Müttern an Sitzungen von Parlamenten nicht mehr als Aufnahme der Erwerbstätigkeit gelten.



Parlament will kein Einfuhrverbot für Stopfleber

Stopfleber kann weiterhin in die Schweiz eingeführt werden. Sie wird aber explizit als Stopfleber gekennzeichnet werden müssen. Das hat das Parlament entschieden. Der Nationalrat schloss sich der Position des Ständerats an, der sich im Juni dieses Jahres gegen ein Importverbot, aber für eine Deklarationspflicht entschied. Damit setzte sich in den Räten die Argumentation durch, dass in der Schweiz Stopfleber auch nach einem Importverbot gegessen würde. Dieses Produkt würde dann einfach im Ausland gekauft. Denn gerade in der Westschweiz sei Stopfleber ein fester Bestandteil der Esskultur. Die Gegnerinnen und Gegner eines Einfuhrverbots sagten, Deklarationspflichten hätten sich bewährt. Die Befürworter hielten dagegen, die Stopfmast von Enten und Gänsen sei tierquälerisch. In der Schweiz werden derzeit Unterschriften gesammelt für eine Volksinitiative für ein Stopfleber-Importverbot. Hinter dem Begehren steht die Organisation Alliance Animale Suisse. Nach Angaben der Alliance Animale Suisse importiert die Schweiz jährlich 200'000 Kilogramm Gänse-Stopfleber.

Bessere Aufsicht über Hochsicherheitslabore

Für den Nationalrat müssen die Kantone die Kontrolle der Hochsicherheitslabore vereinheitlichen. Auch muss die Aufsicht des Bundes über die Kontrolltätigkeit der Kantone intensiviert werden. Zuallererst soll nun der Bundesrat zusammen mit den Kantonen Verbesserungsmöglichkeiten prüfen. Einem Postulat seiner Geschäftsprüfungskommission (GPK-N) mit dieser Forderung hat der Nationalrat am Donnerstag stillschweigend zugestimmt. Der Bundesrat soll etwa auch prüfen, ob die personellen und fachlichen Ressourcen der Kantone bezüglich Kontrolle biologischer Hochsicherheitslabore ausreichen und ob es Unterstützungsbedarf durch den Bund gibt. Die Gpk-N reichte ihren Vorstoss ein, nachdem sie Anfang 2022 Abklärungen zur rechtlichen Regelung der Aufsicht für biologische Hochsicherheitslabore vorgenommen hatte. Sie kam zum Schluss, dass die Kantone ihre Kontrolltätigkeit über diese sehr unterschiedlich ausüben. Die Aufsichtskompetenzen des Bundes seien beschränkt. Die Gpk-N erkenne bei der Aufsicht des Bundes über die Kontrolltätigkeit "grossen Verbesserungsbedarf", steht im Vorstoss. Der Bundesrat beantragte Annahme des Vorstosses.

Bern, im September 2023

David Zuberbühler